



Dringlichkeitsantrag AfD-Fraktion

zur Stadtratssitzung am 24.09.2020

Zur möglichen Aufnahme von Migranten aus dem abgebrannten Lager in Moria

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Augsburg beteiligt sich in keiner Weise an tatsächlichen oder über die Presse lancierten „Sonderzuteilungsverfahren“ von Migranten.
2. Der Haushalt der Stadt Augsburg ist nicht durch Teilnahme an sonstigen Symbolmaßnahmen in diesem Zusammenhang zu belasten.
3. Die Stadt Augsburg wendet sich gegenüber Presse und Öffentlichkeit jederzeit entschieden gegen das Setzen von falschen Anreizen auf jeder Ebene staatlichen Handelns, soweit es das Asylsystem, bzw. die ungesteuerte Massenmigration nach Deutschland betrifft.

Begründung:

Die Vorfälle rund um die Brandstiftung im Lager Moria wären vermeidbar gewesen. Das jahrelange Setzen falscher Anreize, über mehrere Ländergrenzen hinweg sein Glück in Europa und insbesondere Deutschland zu suchen, ist die Wurzel allen auf Lesbos zu beobachtenden Leides.

Es wäre vermeidbar gewesen, dass sich die Stadt Augsburg nun Forderungen ausgesetzt sieht, aufgrund dieses Vorfalls weitere Migranten aufzunehmen. Politische Verantwortung wahrnehmen bedeutet nicht, lediglich nach Gusto des Bauchgefühls und dem Weg des medial geringsten Widerstands zu entscheiden, sondern nach verantwortungsethischen Grundsätzen zu handeln. Es ist Zeit ein klares und deutliches Zeichen zu setzen, damit illegale Migration nicht erzwungen oder als Instrument zur moralischen Erpressung verwendet werden darf.

Die Stadt Augsburg sollte folglich die Aufnahme von weiteren illegalen Migranten als „Antwort“ auf die Brandstiftung im Lager Moria entschieden ablehnen.

Die Gesamtverantwortung Maßnahmen zu einer effektiven Grenzsicherung und den Abbau von falschen Anreizen zu ergreifen, liegt bei der Bundesregierung. Ein vollkommen verantwortungsloser moralischer Wettlauf auf Kosten der Steuerzahler ist abzulehnen. Vielmehr ist dem menschlichen Leid vor Ort durch sinnvolle und zielgerichtete Hilfen und eine geregelte Rückführung der Personen zu begegnen.

Wir kritisieren in diesem Zusammenhang entschieden die Forderung des Deutschen Städtetages. Dessen Präsident und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) fordert, es dürfe keine „europäische Lösung“ abgewartet werden, sondern Deutschland müsse sofort Flüchtlinge aufnehmen. Diese Position unterläuft die Zuständigkeit des Bundes gemäß Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und Asylgesetz (AsylG).

Wir stimmen vielmehr der Aussage des Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), zu, welcher zurecht davor warnt, dass aus Folge von 2015 weitere „Sogwirkungen“ vermieden werden müsse. Zumal die laufende Integrationsarbeit „nicht einmal halb“ zu Ende sei. Alleingänge von Städten und Kreisen würden jedoch genau dies bedeuten.

Gez.

FV Andreas Jurca, stv. FV Raimond Scheirich, Dr. Friedrich Baur, Markus Striedl

